

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Anna Salis	Pro Köln
Herr Jörg Uckermann	Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Ingrid Hack	SPD-Fraktion
Herr Biber Happe	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Volker Lemken	auf Vorschlag der CDU
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Doris Rost	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Paul Spörl	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Herr Magnus Ringhandt	AK für das ausländische Kind e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Diakonie Michaelshoven
Frau Carola Siman	Evangelische Jugend
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerk e.V.
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.
Herr Dr. Wolfgang Zashcke	Jugendhilfe und Schule e.V.
Frau Derya Zeyrek	agisra e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina auf Vorschlag des Integrationsrates

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herr Klaus-Peter Völlmecke

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold Ev. Kirche

Frau Anja Daub Agentur für Arbeit

Herr Werner Völker Ev. Kirche

Herr Dr. Robert Wegner Vertreter der Gesundheitsverwaltung

Herr Wolfgang Wendelmann Polizeipräsident Köln

Herr Josef Zimmermann Kath. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Christiane Lehmann Handwerkerinnenhaus Köln e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende alle Jugendhilfeausschussmitglieder, die Besucher - darunter zwei Klassen des Berufskollegs Ehrenfeld, Fachschule für Sozialpädagogik mit ihrer Lehrerin, Frau Müller – und die Presse.

Darüber hinaus begrüßt Herr Dr. Heinen die Preisträger des Projektes „Mülheim bolzt für Respect“ (Mitteilung 3.1) - die Jugendlichen Adnan, Baran, Turac und Magomed – sowie Herrn Shad Taheri und die Projektleiterin Dr. Sascha Luetkens.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass der Einladungsflyer zu Tagesordnungspunkt 3.15 zur Mitnahme ausliegt.

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu den Tagesordnungspunkten 6.2, 6.3, 6.4, 8.1 und 10.3 mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 3.15, 3.16, 3.17, zu 4.2.1, 4.2.2 und 5.2.1 als Tischvorlagen ausgeteilt.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 2.5, 2.6, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, zu 4.2.1, 4.2.2, 5.2.1, zwei Mitteilungen zu 8.1, 10.2 und 10.3.

Zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Tagesordnungspunkt 4.2.2) führt Herr Dr. Heinen aus, dass die Dringlichkeit durch die in Auftrag gegebene Untersuchung, durch die eine Schadstoffbelastung in einigen Einrichtungen festgestellt wurde, begründet sei. In diesem Kontext solle nun eine Maßnahme für die betroffenen Erzieher/innen und Eltern geschaffen werden.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass das Thema wichtig und interessant sei, dies den Antrag jedoch nicht automatisch dringlich mache. Die CDU-Fraktion werde den Beschluss zwar mittragen, bittet jedoch in Zukunft um Beachtung der Formalien.

Herr Dr. Heinen erwidert, dass die Dringlichkeit sehr wohl gegeben sei, da die Betroffenen einen Anspruch darauf haben, dass die Politik nun zeitnah reagiere.

Da es keine Gegenstimmen zur Dringlichkeit gibt, wird der Dringlichkeitsantrag auf der Tagesordnung belassen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.1 macht Frau Jahn Beratungsbedarf geltend.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bemerkt, dass Beratungsbedarf grundsätzlich zu akzeptieren sei. Die Situation des Spielmobils „Juppi“ sei jedoch äußerst prekär. Bis zu den Sommerferien müsse zwingend ein neues Spielmobil angeschafft werden, da ansonsten die Sommerferienaktion „Juppi“ nicht stattfinden könne. Sie bittet darum, die Beschlussvorlage zumindest ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen, damit die Verwaltung die Beschaffung einleiten könne.

Frau Jahn erwidert, dass sie es sich nicht nehmen lassen möchte, eine fachliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss zu führen. Die fachliche Diskussion könne nicht im Finanzausschuss geführt werden, so dass sie von einer Beratung nicht absehen werde.

Herr Dr. Heinen und Frau Mucuk-Edis machen darauf aufmerksam, dass von der Anschaffung des Spielmobils viele Sommerferienmaßnahmen für eine hohe Anzahl von Kindern abhängen. Im Hinblick darauf bitten sie, in der heutigen Sitzung über die Vorlage zu beraten und zu beschließen.

Herr Dr. Schlieben hebt hervor, dass die Sommerferien in diesem Jahr erst am 25.07.2011 beginnen und bittet um Auskunft, ob nicht doch eine Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss am 17.05.2011 ausreichen würde.

Frau Schlitt kritisiert, dass eine ausführliche Beratung in den Fraktionen möglich gewesen wäre, wenn die Vorlage früher eingebracht worden wäre und die Fraktionen im Vorfeld eingebunden worden wären. Es müsse geprüft werden, ob es nicht günstigere Konzepte als „Juppi“ gebe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen brauche zur Herbeiführung eines Beschlusses definitiv mehr Informationen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass es sich bei dem Spielmobil um eine Spezialanfertigung handele, so dass eine Beschlussfassung im Mai nicht ausreiche, um rechtzeitig zu den Sommerferien einen neuen Bus anzuschaffen. Dass die Vorlage erst jetzt eingebracht wurde, sei der Haushaltssituation geschuldet. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung könne die Verwaltung keine präventiven Aufträge erteilen. Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt ihre Verwunderung bekannt, da sie bisher immer davon ausgegangen sei, „Juppi“ sei ein gewünschtes Projekt gewesen.

Herr Uckermann macht darauf aufmerksam, dass das Juppi-Konzept Allen bekannt sein müsse und bittet um Auskunft, welche Personalkosten die Stadt zu tragen habe, wenn kein neues Spielmobil angeschafft werde und die Sommerferienaktionen nicht durchgeführt werden können.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass die Spielmobile „Juppi“ und „Juppinchen“ jeweils von zwei Mitarbeitern gefahren werden. Wenn „Juppi“ nicht mehr fahren kann, seien somit zwei Mitarbeiter betroffen und es sei von Personalkosten in Höhe von ca. 80.000,- Euro auszugehen.

Herr Schneider widerspricht den Argumenten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vehement und betont, dass die Politik nicht das Risiko tragen könne, die Sommerferienaktion „Juppi“ nicht durchzuführen.

Frau Jahn besteht darauf, zunächst das Konzept zu lesen, um anschließend eine fachliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss führen zu können. Aufgrund dessen stellt sie einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass eine Abstimmung über den Verbleib des Tagesordnungspunktes auf der Tagesordnung stattfindet.

Der Ausschussvorsitzende stellt somit zur **Abstimmung, ob der Geschäftsordnungsantrag angenommen wird.**

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Enthaltung (SJD Die Falken) einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Herr Dr. Heinen zur **Abstimmung, ob die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung bleiben soll.**

Abstimmungsergebnis:

Bei vier Enthaltungen (FDP, AWO, Der Paritätische, SJD Die Falken) und fünf Pro-Stimmen (3 x SPD, Die Linke, Sportjugend) mehrheitlich abgelehnt.

Somit wird die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt vertagt.

Der Ausschuss nimmt anschließend die Tagesordnung wie folgt an:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Strukturförderprogramm Mülheim 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteilmütter"
(Beantwortung einer Anfrage von Herrn Pannes aus der JHA-Sitzung am 25.01.2011 - 5449/2010)
0745/2011
- 2.2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
0648/2011
- 2.3 Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 07.12.2010 von Frau Mucuk-Edis
0667/2011
- 2.4 Anfrage Frau Trappe-Nolden aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2011 bez. der Kontaktaufnahme des Jobcenters Köln mit Schülern/innen
0887/2011
- 2.5 Kölner Familien- und Spezialberatungsstellen
0916/2011
- 2.6 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2011 - TOP 3.6
Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteilmütter" 5449/2010
hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Jahn zu o. g. Mitteilung der Verwaltung
1111/2011

3 Mitteilungen

- 3.1 Projekt "Mülheim bolzt für Respect" - Auszeichnung durch Bündnis für Demokratie und Toleranz bei Bundeswettbewerb "Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010"
0227/2011
- 3.2 SPORT SPIEL FERIEN AKTION NIPPES
Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie/ Bezirksjugendpflege Nippes und dem Sportamt/ Netzwerk Sport und Bewegung Nippes (Sport in Metropolen)
0848/2011
- 3.3 Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien für rassistus- und diskriminierungskritische Bildungsarbeit
0896/2011
- 3.4 Strukturförderung Mülheim 2020
Ausschreibung des Sportprojektes
0873/2011
- 3.5 MÜLHEIM 2020 - Mitteilung über verlängerte Projektlaufzeiten
0789/2011
- 3.6 Osterferienprogramm der Rollenden Spielplätze "Juppi"
0701/2011
- 3.7 Urkunde für das Initialprojekt "Mädchen starten durch"
0931/2011
- 3.8 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1003/2011
- 3.9 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1002/2011
- 3.10 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1001/2011
- 3.11 Statistik Kinderfrüherkennungsuntersuchungen 2010
0996/2011
- 3.12 Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln
1139/2011

- 3.13 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 28.02.2011
1104/2011
- 3.14 Sprachstandserhebung als Grundlage der Sprachförderung in Kindertagesstätten. Ergebnisse des Bildungsmonitorings im Rahmen des Programms "Lernen vor Ort".
0981/2011
- 3.15 Stärke statt Macht: Neue Autorität in Familie, Schule und Gemeinde - Einladung zur Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. phil. Haim Omer, Lehrstuhl für Klinische Psychologie an der Universität Tel Aviv
1219/2011
- 3.16 Übertragung von operativen Aufgaben in der Kindertagespflege durch Träger der freien Jugendhilfe
1230/2011
- 3.17 Eintritt für Kindergartengruppen in den Kölner Zoo
1259/2011

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Streetworkerstellen im Rechtsrheinischen umsetzen
(Antrag der FDP-Fraktion vom 15.03.2011)
AN/0572/2011

zu 4.2.1 FDP-Antrag TOP 4.2.1 Streetworkerstellen im Rechtsrheinischen umsetzen
(Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.03.2011)
AN/0751/2011

4.2.2 Positivliste für Mobilar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen
(Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011)
AN/0714/2011

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Zukünftige Finanzierung der Kölner Kompetenzagenturen
(Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011)
AN/0712/2011

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder und Jugendarbeit im Jahr 2011
hier: Förderung der freien Jugendhilfe (Globalmittel)
0420/2011

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Kitamare gemeinnützige UG
0530/2011

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Luftikus e.V."
0525/2011

6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Movie Crew Cologne - Verein für Jugendmedienbildung und Integration e.V."
0592/2011

6.5 Förderung der Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend Köln"
0156/2011

6.6 Verteilung von Haushaltsmittel aus dem Teilergebnisplan 0604, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Kinder und Jugendarbeit.
hier: Betriebskostenfinanzierung von flankierenden Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit 2011
0157/2011

6.7 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V."
0811/2011

6.8 Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungsangeboten für Tagespflegepersonen nach § 23 SGB VIII (Kindertagespflege)
0923/2011

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 7.1 Beschaffung eines Ersatzfahrzeuges für die Rollenden Spielplätze "Juppi"
0423/2011

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden
0674/2011

zu 8.1 Straßenprostitution im Kölner Süden
1223/2011

zu 8.1 Straßenstrich in Meschenich
1224/2011

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Herr Frank Schneider, Herr Dr. Helge Schlieben und Frau Sylvia Laufenberg benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Strukturförderprogramm Mülheim 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteilmütter" (Beantwortung einer Anfrage von Herrn Pannes aus der JHA-Sitzung am 25.01.2011 - 5449/2010) 0745/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Koj bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum führt die Qualifikation zur Stadtteilmutter nicht zu einem klassischen anerkannten Abschluss? Welche Rahmenbedingungen müssten hierfür geschaffen werden und wie kann verhindert werden, dass den Teilnehmerinnen nach Ablauf des Projektes aufgrund eines fehlenden Abschlusses erneut die Beschäftigungslosigkeit droht?
2. In Zukunft werde verstärkt Personal im Kindertagespflegebereich benötigt. Ist es möglich, dass die Qualifizierung zur Stadtteilmutter um Ausbildungsinhalte aus der Kindertagespflege ergänzt werden kann?
3. Unterliegt das Zertifikat Qualitätsstandards, die für alle Träger Gültigkeit haben und wie erfolgt die Qualitätskontrolle durch die Stadt Köln?

Herr Völlmecke führt aus, dass die VHS die Qualifizierung permanent ausbaue und zur Zeit daran arbeite, dass die sogenannten Pflegehilfswerte tatsächlich zu einem Abschluss kommen. Die übrigen Fragen werde die Verwaltung schriftlich beantworten.

2.2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 0648/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg nimmt Bezug auf die folgende Passage aus der Mitteilung:

„Die Entscheidung, ein Altersgutachten durchführen zu lassen, wird mit dem Jugendamt bzw. dem Vormund abgestimmt, so dass lediglich in eindeutigen Fällen ein Antrag auf Altersfeststellung gestellt wird.“

Hierzu bittet sie um Auskunft, ob und gegebenenfalls wie viele Fälle es gibt.

Herr Völlmecke teilt mit, dass es immer wieder Fälle gebe, in denen an der Minderjährigkeit der Flüchtlinge gezweifelt werde. In den Fällen, in denen es offenkundig ist, dass die Volljährigkeit gegeben ist, werde der beschriebene Weg gegangen. Von den letzten fünf Fällen seien alle auf über 20 Jahre festgestellt worden und es habe bisher keinen Fall gegeben, der damit geendet hat, dass ein Gutachten die Minderjährigkeit festgestellt habe.

2.3 Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 07.12.2010 von Frau Mucuk-Edis 0667/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis bedankt sich für die Beantwortung ihrer Anfrage und führt aus, dass ihre Annahme, dass eine Diskrepanz bestehe, bestätigt worden sei. Sie bittet um Auskunft, in welcher Form über die Dienste des ASD informiert werde bzw. wie die Webseite zur „Häuslichen Gewalt“ beworben worden sei. Darüber hinaus bittet Frau Mucuk-Edis um Mitteilung, ob in dieser Hinsicht Kooperationen bestehen oder geplant sei, die Medien- und Presselandschaft hierfür zu nutzen.

Herr Völlmecke gibt an, dass diese Überlegungen im Netzwerk „Häusliche Gewalt“ angestellt werden. In dem Netzwerk seien alle Kölner Beratungsstellen durch Sprecher vertreten. Durch Plakataktionen werden die entsprechenden Maßnahmen intensiv beworben und die Jugendverwaltung fühle sich mit allen Beratungsstellen in der Stadt vernetzt. Herr Völlmecke betont, dass er den Hinweis von Frau Mucuk-Edis jedoch gerne mit in die Verwaltung nehmen werde.

2.4 Anfrage Frau Trappe-Nolden aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2011 bez. der Kontaktaufnahme des Jobcenters Köln mit Schülern/innen 0887/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen bittet, die Beantwortung auch in den Ausschuss Soziales und Seniores zu geben.

Frau Stahlhofen bedankt sich für die Beantwortung. Sie merkt an, dass auf Seite 2 unten und Seite 3 widersprüchliche Aussagen zu den Adressaten der Sanktionen getroffen werden. Dies werde sie jedoch im Ausschuss Soziales und Senioren direkt mit dem Jobcenter klären.

2.5 Kölner Familien- und Spezialberatungsstellen 0916/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schlitt bedankt sich bei der Verwaltung und bei den Beratungsstellen für die ausführliche Mitteilung.

2.6 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2011 - TOP 3.6 Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 Ausschreibung Projekt "Stadt- teilmütter" 5449/2010 hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Jahn zu o. g. Mitteilung der Verwaltung 1111/2011

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen

3.1 Projekt "Mülheim bolzt für Respect" - Auszeichnung durch Bündnis für Demokratie und Toleranz bei Bundeswettbewerb "Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010" 0227/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen bedankt sich bei den im Zuschauerraum befindlichen Preisträgern des Projektes und wünscht ihnen weiterhin viel Erfolg.

3.2 SPORT SPIEL FERIEN AKTION NIPPES Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie/ Bezirksjugendpflege Nippes und dem Sportamt/ Netzwerk Sport und Bewegung Nippes (Sport in Metropolen) 0848/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien für rassismus- und diskriminierungskritische Bildungsarbeit 0896/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Uckermann betont, dass das Anliegen grundsätzlich begrüßenswert sei, hier jedoch Alltagsrassismus mit der Lupe gesucht werde und plumpe Beispiele für Rassismus aufgeführt werden. Dass beispielsweise gute Deutschkenntnisse bei einer Stellenausschreibung vorausgesetzt werden sei selbstverständlich und auch die Frage, woher man stamme, gehöre zu einem respektvollen Umgang mit seinen Mitmenschen. Diese und viele weitere Beispiele seien alles andere als rassistische Bemerkungen. Herr Uckermann kritisiert, dass die Stadt Köln für ein solches Projekt viel Geld ausgegeben habe.

Frau Rost zitiert eine Passage aus einem Buch um aufzuzeigen, wie in anderen Ländern mit dem Thema Diskriminierung und Rassismus umgegangen werde.

Frau Stahlhofen merkt an, dass diese Diskussion bereits im Ausschuss Soziales und Senioren geführt worden sei. Sie betont, dass die Fraktion Die Linke die Mitteilung ausdrücklich begrüße und es wichtig sei, dass Kinder und Jugendliche auch für versteckte Formen von Rassismus sensibilisiert werden.

3.4 Strukturförderung Mülheim 2020 Ausschreibung des Sportprojektes 0873/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.5 MÜLHEIM 2020 - Mitteilung über verlängerte Projektlaufzeiten 0789/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.6 Osterferienprogramm der Rollenden Spielplätze "Juppi" 0701/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg bittet um Erklärung, aus welchem Grund das Spielmobil „Juppi“ in den Osterferien noch eingesetzt werden könne und in den Sommerferien nicht mehr.

Frau John erläutert für die Verwaltung, dass der Schwerpunkt der Sommerferienaktion eine große Veranstaltung im Volksgarten sei. Dabei sei die Verwaltung auf zwei Busse angewiesen. In den Osterferien reiche jedoch ein Bus aus.

Herr Uckermann kritisiert, dass die Verwaltung sich nicht bereits früher um die Neuanschaffung des Spielmobils gekümmert sondern bis zur letzten Minute gewartet habe. Er bittet um Auskunft, ob es hierzu bereits eine Stellungnahme des Rechnungsprü-

fungsamtes gebe und betont, dass die Fraktion pro Köln die Vorlage 0423/2011 im Finanzausschuss unterstützen werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass die Vorlage zunächst nicht in den Finanzausschuss gehen sondern zunächst noch mal im Jugendhilfeausschuss beraten werde.

3.7 Urkunde für das Initialprojekt "Mädchen starten durch" 0931/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis bittet, diese ebenfalls in den Integrationsrat zu geben.

3.8 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses 1003/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.9 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses 1002/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.10 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses 1001/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.11 Statistik Kinderfrüherkennungsuntersuchungen 2010 0996/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen berichtet, dass die Untersuchung ohne Kompensation an die Kommunen erfolgt sei und die Stadt somit die Personalleistung erbringen musste. Zusätzlich beinhalte die Untersuchung eine enorm hohe Fehlerabweichung.

Frau Laufenberg führt aus, dass in 37% der Fälle eine Falschmeldung an den ASD bzw. GSD übermittelt worden sei. Hierzu bittet sie um Auskunft, ob die Untersuchungen aufgrund eines Schreibens der Verwaltung an die Eltern erfolgt seien. Darüber hinaus bittet Frau Laufenberg um Nennung der beiden Bezirke, in denen kein Beratungstermin angenommen worden sei. Ferner fragt sie, was passiere, nachdem – laut Mitteilung der Verwaltung in 58% der Fälle - keine Rückmeldung der Eltern erfolge.

Frau Jahn bezieht sich auf die Aussage, dass die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen aufgrund des langen zeitlichen Abstandes zueinander, kein wirksames Instrument darstellen. In diesem Zusammenhang bittet sie um Auskunft, wie die Verwaltung damit umgehe.

Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf den Passus: „*Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird informiert und entscheidet anschließend gem. § 4 Abs. 3 der Verordnung in eigener Zuständigkeit, ob gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes vorliegen und welche Maßnahmen gegebenenfalls geeignet und notwendig sind.*“. Er bittet um Auskunft ob es korrekt sei, dass die Stadtverwaltung mit dem Instrument der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen eben nicht in der Lage sei, Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes herauszufinden.

Herr Völlmecke erläutert, dass die Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen freiwillig sei und es keine rechtliche Grundlage dafür gebe, die Eltern zu verpflichten. Die Liga erinnere die Eltern an die turnusmäßige Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen. Kritisch sei jedoch, dass im Anschluss die Jugendämter angeschrieben werden mit der Bitte, die Nichtteilnahme im Hinblick auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung zu überprüfen. Dies stelle für die Verwaltung einen immensen Aufwand dar, auch vor dem Hintergrund, dass die Möglichkeiten der Verwaltung nach einem weiteren Anschreiben an die Eltern ebenfalls ausgeschöpft seien. Bei den Jugendamtstagen werde oftmals über dieses Thema diskutiert und man hoffe, dass diesbezüglich eine Verfahrensänderung erfolgen werde.

Herr Dr. Wegner macht darauf aufmerksam, dass er die folgenden Worte aus fachlicher Sicht und nicht als Stellungnahme des Gesundheitsamtes an das Plenum richte. Es gebe eine Stellungnahme des Fachausschusses Kinder- und Jugendgesundheit, in der deutlich darauf hingewiesen werde, dass Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen eben nur von der Krankenkasse finanzierte Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen seien. Diese seien nicht ansatzweise in der Lage, Kindesvernachlässigung zu verhindern. Im Fall von Kevin aus Bremen z.B. haben alle Kinderfrühuntersuchungen stattgefunden. Bis hin zu hohen landespolitischen Posten sei man sich einig, dass dieses Instrument nicht zur Aufklärung von Kindeswohlgefährdung geeignet sei und trotzdem sei der politische Druck, etwas in der Hinsicht tun zu müssen, so hoch, dass die Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen dennoch erlassen wurde. Daraus ergibt sich, dass die Ressourcen des Jugend- und Gesundheitsamtes in einem sehr hohen Maße an der falschen Stelle gebunden werden. Nichts desto trotz sei eine möglichst hohe Teilnahmequote an Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen sehr sinnvoll, so dass das Anliegen der Verwaltung aus fachlicher Sicht zu 100% zu befürworten sei.

Frau Blum-Maurice bittet um Auskunft, ob eine gut gemachte Öffentlichkeitskampagne eine sinnvolle Alternative darstellen würde.

Herr Völlmecke trägt vor, dass aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen ebenfalls der Wunsch nach präventiver Arbeit in diesem Bereich geäußert worden sei. Der Verwaltung stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung, um eine Sonderaktion zu starten. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung habe jedoch mehrsprachige Flyer, die für die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen werben, erstellt. Die Jugendverwaltung sei zur Zeit bemüht, entsprechend der Kölner Geburtenzahl, 10.000 Flyer pro Jahr zu erhalten und diese den KiWi-Ordnern beizufügen, um jede Kölner Familie mit einem neugeborenen Kind zu erreichen.

Herr Dr. Wegner ergänzt, dass es wohl zu keinem Thema so viele Flyer gebe wie zu den Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen. Diese seien jedoch zwecklos, wenn die Eltern das Angebot nicht annehmen. Das Gesundheitsamt, die Kindertagesstätten und teilweise auch die Kirchen nutzen deshalb alle Kontakte, um für das Angebot zu werben. Erfahrungsgemäß sei ein Ratschlag einer Vertrauensperson nämlich viel mehr wert als ein Flyer.

3.12 Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln 1139/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau van Dawen gibt an, dass die Gutscheine für soziale und kulturelle Teilhabe gemäß Punkt 2.5 der Mitteilung von bedürftigen Kindern bei geeigneten Anbietern eingelöst werden können. Sie bittet um Mitteilung, wer diese geeigneten Anbieter seien.

Herr Pannes bezeichnet das Bildungspaket als „sozialpolitische Krücke“. Viele der Punkte, die das Papier beschreibt, existieren in Köln bereits seit Jahren. Er appelliert an alle Beteiligten, ihr Engagement durch den Aufwand, welchen das Bildungspaket verursacht, nicht erschlaffen zu lassen.

Der Ausschussvorsitzende weist auf den Grundsatz der Nachrangigkeit hin, der ein großes Problem für die verwaltungsrechtliche Umsetzung, die Kompensation und den entsprechenden Mittelabruf darstelle.

Frau Jahn führt aus, dass das Bildungspaket ab dem 01.04.2011 beantragt werden könne. Sie fragt, wer die Antragsberechtigten hierüber informiert habe, wie sie informiert worden seien und ob es eine Antragsfrist gebe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass die Umsetzung des Schulbasispakets problematisch sei, da es ab dem 01.04.2011 beantragt werden könne, jedoch rückwirkend ab dem 01.01.2011 gelte. In Köln gebe es ca. 56.000 Kinder und Jugendliche, die theoretisch leistungsberechtigt seien. Hierbei handele es sich um Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, Wohngeld und Kinderzuschlag. Eine Regelungslücke bestehe noch bezüglich der Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Frau Beigeordnete Dr. Klein stimmt den Ausführungen von Herrn Pannes zu und bringt zum Ausdruck, dass der Fortschritt nicht zum Problem werden dürfe. Erfreulicherweise biete Köln schon viele Inhalte des Bildungspaketes an, jedoch müssen nun viele bestehende Systeme umgebaut werden. Der Umbau müsse die Kölner Angebote für KölnPass-Inhaber mitberücksichtigen. Zur Frage von Frau van Dawen gibt Frau Beigeordnete Dr. Klein an, dass die bewährten Strukturen – d.h. die Kontakte zu freien Trägern, Vereinen und übrigen Anbietern – genutzt werden sollen, um mit ihnen Leistungsvereinbarungen zu treffen. Somit seien alle anerkannten Träger der Jugendhilfe potenzielle Vertragspartner. Vor dem Hintergrund der Nachrangigkeit müssen künftig viele der Leistungen, die bisher erbracht wurden, vom Bildungspaket erbracht werden. In den Jahren 2013/2014 werde eine Revision erfolgen. Erst dann werde man feststellen, ob die finanziellen Entlastungen an die Kommunen ausreichend gewesen seien. Aufgrund dessen müssen die Angebote umgestellt und sauber dokumentiert werden.

Frau Stahlhofen berichtet, dass der Tagesordnungspunkt bereits im Hauptausschuss diskutiert worden sei. Sie bittet darum, der bezüglich des KölnPasses notwendigen Satzungsänderung eine Synopse beizufügen, damit man alle Änderungen auf einen Blick erkennen und die Standardbeibehaltung im Auge behalten könne.

Herr Dr. Schlieben erkundigt sich, ob Köln gemäß Anlage 2 von den 1,6 Milliarden Euro aus dem KdU-Paket 33 Millionen Euro zusätzlich erhalten solle.

Frau Schlitt fragt an, ob man für alle Leistungen aus dem Bildungspaket einen Antrag der Eltern benötige. Nachdem diese Frage vom Ausschuss bejaht wird, bittet Frau Schlitt um Erläuterung, warum bei Punkt 3.1 stehe, dass die Beihilfe zum Schulbedarf direkt ohne Antrag gezahlt werde. Darüber hinaus berichtet Frau Schlitt, dass es ein Gerücht gebe, wonach der Antrag auf den Schulbedarf in Höhe von 100,- Euro für die Monate Januar bis März noch vor dem 01.04.2011 gestellt werden müsse. Sie bittet um Aufklärung.

Herr Krücker bittet um Auskunft, mit welchem Volumen der städtische Haushalt durch das Bildungspaket entlastet werde und mit welchem Volumen andererseits neue und zusätzliche Leistungen für Kinder und Jugendliche dadurch entstehen.

Herr Dr. Heinen spricht die Schulsozialarbeiterstellen an. Hierzu gebe es ein Paket in Höhe von ca. 400 Millionen Euro, was die Einrichtung vieler Schulsozialarbeiterstellen bedeuten könnte.

Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass auch die Verwaltung noch viele ungeklärte Fragen zum Bildungspaket habe. Die von Frau Stahlhofen gewünschte Synopse werde zu gegebener Zeit vorgelegt. Zur Frage von Frau Schlitt erläutert Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass Einzelanträge erforderlich seien, d.h. dass jeder einen Grundantrag nach dem Bildungspaket stellen müsse. Daraufhin werde das Schulstarterpaket als einzige Hilfe sofort bar ausgezahlt. Sie denke, dass das Gerücht nicht wahr sei, da das Ganze erst zum 01.04.2011 in Kraft trete, so dass Anträge vor dem 01.04.2011 gar nicht möglich seien. Die Frage von Herrn Dr. Heinen zu den Schulsozialarbeitern sei berechtigt. Es sei jedoch zur Zeit nicht zu erkennen, wie die Ausgestaltung aussehen solle. Das Land versuche jedoch bereits diesbezüglich eine Konzeption zu erstellen. Bezüglich der Kosten, die durch die Schulsozialarbeit auf die Stadt Köln zukommen, führt Frau Beigeordnete Dr. Klein aus, dass diese zunächst aus dem städtischen Haushalt finanziert werden müssen um dann bei der Revision mit abgerechnet zu werden. Die Haushaltsentlastung durch das Bildungspaket werde in Anlage 2 dargestellt und betrage voraussichtlich knapp 33 Millionen Euro. Dagegen könne die Belastung des städtischen Haushaltes zur Zeit noch nicht abgesehen werden, da sie auch vom Erreichungsgrad abhängt. Sofern ein Erreichungsgrad von 100% erlangt werde, gehe die Verwaltung davon aus, dass das Bildungspaket nicht auskömmlich sei. Trotzdem müsse ein höchstmöglicher Erreichungsgrad angestrebt werden. Die Verwaltung müsse sich bezüglich des Bildungspaketes gut rüsten und mit dem Bund Nachverhandlungen führen, damit keine Kostenanteile an der Stadt hängenbleiben. Zur Frage von Herrn Dr. Schlieben erläutert Frau Dr. Klein abschließend, dass die Stadt nach Abrechnung maximal 33 Millionen Euro erhalten könne.

3.13 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten Planungs- und Ausführungsstand 28.02.2011 1104/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Auflistung. Er fragt nach, ob es möglich sei, neben den Baumaßnahmen, die durch die Stadt durchgeführt werden, auch die Baumaßnahmen von Privatinvestoren aufzuführen, sofern dies nicht sehr aufwendig sei.

Herr Graebener teilt für die Verwaltung mit, dass dies einen enormen Aufwand darstellen würde, da es zur Zeit über 300 Einzelmaßnahmen gebe. Er bittet, Fragen zu einzelnen Projekten auch im Einzelfall an die Verwaltung zu stellen.

Herr Krücker berichtet, dass es in Dellbrück derzeit eine Auslagerung der Kita Neufelder Straße auf dem Gelände der ehemaligen Kita Dellbrücker Mauspfad gebe. Nach den vorliegenden Unterlagen soll die Kita Neufelder Straße im Juli 2011 fertig sein, während der Neubau der Kita Dellbrücker Mauspfad erst Mitte 2012 beginnen soll. Er bittet um Auskunft, wie der Ruhestand von einem Jahr zu erklären sei.

Herr Graebener gibt an, dass es sich hierbei um Baumaßnahmen der Gebäudewirtschaft handele und die Verwaltung dort eine schriftliche Beantwortung der Frage anfordern werde.

3.14 Sprachstandserhebung als Grundlage der Sprachförderung in Kindertagesstätten. Ergebnisse des Bildungsmonitorings im Rahmen des Programms "Lernen vor Ort". 0981/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Mitteilung und bittet, die Abbildungen aus der Mitteilung – insbesondere Seiten 12 und 13 – in Farbe an die Jugendhilfeausschussmitglieder zu mailen. Er merkt an, dass er über folgenden Passus auf Seite 15 froh ist: *„In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, früh und vor der Einschulung den Sprachstand der Kinder festzustellen und gegebenenfalls Defizite zu beheben, um jedem Kind die Chance auf Bildung ohne Sprachbarrieren zu ermöglichen.“* Darüber hinaus hebt er hervor, dass Eltern, Politik, Kitas und Pädagogen die Testsituation kritisieren. Herr Dr. Schlieben geht ein auf die Ergebnisse auf Seiten 16-18, die er gut und nachvollziehbar findet. Darin gebe es einige Punkte, die beachtet werden sollten. Er bittet um Auskunft, ob die ständigen Überprüfungen auch tatsächlich durchgeführt werden.

Herr Pfarrer Völker lobt ebenfalls die Mitteilung der Verwaltung. Zu der in der Mitteilung erwähnten Fachtagung bittet er um Auskunft, ob diese bereits terminiert sei. Er regt an, bei der Fachtagung auch das Thema „Sprachförderung für unter 3-Jährige“ mit einzubeziehen. Vor ca. 2,5 Jahren habe der Jugendhilfeausschuss ein diesbezügliches Projekt gefördert, dessen wissenschaftliche Auswertung in Kürze vorliegen werde. Diese Ergebnisse könne man in die Fachtagung mit einbinden. Weiterhin führt Herr Pfarrer Völker aus, dass auf Seiten 10 und 11 zum Einen auf einen Zusammen-

hang zwischen der notwendigen Sprachförderung und der Herkunftssprache und zum Anderen auf einen Zusammenhang zwischen der notwendigen Sprachförderung und Kinderarmut hingewiesen werde. Es seien jedoch vollkommen unterschiedliche Methoden angewandt worden, diese Zusammenhänge zu verdeutlichen, so dass die Frage, welcher Zusammenhang stärker ist, sich nicht beantworten lasse. Aufgrund dessen bittet er, die Zusammenhangsdarstellung zu beiden Punkten nach derselben Methode zu versuchen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein schildert, dass die Frage von Herrn Dr. Schlieben eine Kernfrage sei. Es sei Allen bekannt, dass Sprachförderbedarf in hohem Maße bestehe. Sie vertraue darauf, dass die Ministerien Schule und Jugend gemeinsam zu der Entscheidung kommen, dass die Sprachstandserhebungen in der Kindertagesstätte zweckmäßiger sind als in der Schule und aufgrund dessen ein pragmatisches und aufwandsärmeres Verfahren entwickelt werde. Viele Punkte befinden sich bereits in der Umsetzung; z.B. die Förderung der Mehrsprachigkeit in vielen Kitas, die Einrichtung bilingualer Kitas sowie der Ansatz, dass die Muttersprache und das Deutschlernen im Zusammenhang stehen müssen. Selbstverständlich werde auch dafür gesorgt, dass diese Maßnahmen im schulischen Kontext weiterverfolgt werden. Zu den Fragen von Herrn Pfarrer Völker erwidert Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass die Fachtagung noch nicht terminiert sei aber noch im Jahr 2011 stattfinden solle. Die Frage zu der Zusammenhangsdarstellung werde die Verwaltung schriftlich beantworten.

Frau Mucuk-Edis bestätigt, dass die Erzieher/innen tatsächlich die besseren Ansprechpartner/innen für die Durchführung der Sprachstandserhebungen seien als Externe. Das Geld für Delfin 4 könne man dann für die Qualität der Kindertagesstätten (z.B. in die Verringerung der Gruppenstärke) einsetzen. Bezüglich der bilingualen Kitas in städtischer Trägerschaft bittet Frau Mucuk-Edis in der Mitte der Modellzeit (November 2011) um eine Sachstandsmitteilung im Jugendhilfeausschuss.

3.15 Stärke statt Macht: Neue Autorität in Familie, Schule und Gemeinde - Einladung zur Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. phil. Haim Omer, Lehrstuhl für Klinische Psychologie an der Universität Tel Aviv 1219/2011

Die Mitteilung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schlitt beglückwünscht die Verwaltung dazu, dass sie Prof. Dr. phil. Haim Omer für die Veranstaltung gewinnen konnte. Es handele sich um ein tolles Konzept – insbesondere für besonders schwierige Kinder und Jugendliche - für welches sie gerne werben möchte.

3.16 Übertragung von operativen Aufgaben in der Kindertagespflege durch Träger der freien Jugendhilfe 1230/2011

Die Mitteilung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.17 Eintritt für Kindergartengruppen in den Kölner Zoo 1259/2011

Die Mitteilung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis beanstandet, dass ein/e Betreuer/in für zehn Kinder bei Weitem nicht ausreiche. Insbesondere vor dem Hintergrund des U3-Ausbaus sei die neue Regelung unverantwortlich. Sie bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie hiermit umgegangen werde.

Herr Krücker bittet um Mitteilung, wie hoch der Ticketpreis sei.

Frau Brähler-Haucke teilt für die Verwaltung mit, dass sie die Frage nach dem Ticketpreis schriftlich beantworten werde, da die Tickets vom Zoo jährlich mit der Jugendverwaltung abgerechnet werden und sie von daher den Einzelpreis nicht kenne. Frau Brähler-Haucke macht deutlich, dass sie die Kritik und die Bedenken von Frau Mucuk-Edis teile. Jedoch sei auch der bisherige Wert – zwei Betreuer für acht Kinder – nicht als Maßstab genommen worden, sondern man habe immer nach der individuellen Lage des Kindes bzw. der Gruppe geschaut. Die jetzige Teuerung müsse durch den städtischen Haushalt aufgefangen werden und es werde keinesfalls am Betreuungspersonal gespart.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Streetworkerstellen im Rechtsrheinischen umsetzen (Antrag der FDP-Fraktion vom 15.03.2011) AN/0572/2011

zu 4.2.1 FDP-Antrag TOP 4.2.1 Streetworkerstellen im Rechtsrheinischen umsetzen (Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2011) AN/0751/2011

Der Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2011 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.

Frau Laufenberg begründet den FDP-Antrag vom 15.03.2011. Sie führt aus, dass seit 2010 zwei Stellen im Bereich Streetwork vakant seien. Im Jahr 2008 habe der Rat im Rahmen der Jugendkriminalitätsbekämpfung insgesamt fünf Streetworkerstellen beschlossen. Diese seien auch im Haushaltsplan 2010/2011 verankert. Sie bittet um Un-

terstützung ihres Antrages, damit die vakanten Stellen (eine Koordinations- und eine Streetworkerstelle) schnellstmöglich besetzt werden können.

Herr Dr. Heinen begründet den Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2011. Das Streetworkerprojekt sei sehr wichtig und in jedem Fall fortzuführen. Deswegen müsse dafür Sorge getragen werden, dass die zwei vakanten Stellen – trotz 12-monatiger Wiederbesetzungssperre – schnellstmöglich wiederbesetzt werden und nicht erst zum 01.07.2011 (Koordinierungsstelle) bzw. zum 01.09.2011 (Streetworkerstelle). Grundsätzlich müsse der Ausschuss erfahren, welche Auswirkungen die 12-monatige Wiederbesetzungssperre habe. Die ausstehende Evaluation müsse weit vor dem Ende des 5-Jahres-Projektes beginnen, damit rechtzeitig über die Fortführung des Projektes entschieden werden könne. Aufgrund dessen bittet Herr Dr. Heinen um Zustimmung zum Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass die CDU-Fraktion über den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen fachlich nicht beraten konnte, da dieser sehr spät eingebracht worden sei. Herr Dr. Schlieben berichtet, dass es aus der Bezirksvertretung Kalk eine Mitteilung gebe, dass man beschlossen habe, im Rechtsrheinischen keine Streetworker einzusetzen. Er bittet um Mitteilung, wer dies entschieden habe. Darüber hinaus bittet er um Auskunft, warum der Jugendhilfeausschuss nicht über den Verstoß gegen den Ratsbeschluss informiert wurde und ob die Wiederbesetzungssperre auch für die Streetworkerstellen gelte.

Frau Jahn führt aus, dass die Streetworker nach ihrer Kenntnis nicht räumlich angebunden seien, sondern dort agieren, wo sie gerade benötigt werden. Sie bittet um Auskunft, wer die Einsätze zur Zeit koordiniere.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass die 12-monatige Wiederbesetzungssperre bis auf ein paar wenige Ausnahmen für alle Stellen gelte und somit auch für die Streetworkerstellen. Vor einiger Zeit sei eine Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre beantragt worden, für alle Mitarbeiter/innen, die direkt am Menschen arbeiten. Das derzeitige Problem stelle die Auswirkungen einer beschlossenen Maßnahme dar und aufgrund dessen können bestimmte Leistungen nicht erbracht werden. Die Streetworker werden tatsächlich dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden und müssen aus Sicherheitsgründen immer zu zweit unterwegs sein. Die Koordination werde zur Zeit kommissarisch von der Sachgebietsleitung wahrgenommen und es sei eine Teamentscheidung gewesen, bis zur Wiederbesetzung der vakanten Stellen hauptsächlich das linksrheinische Gebiet zu bedienen.

Herr Völlmecke ergänzt, dass die Teams selbstverständlich Schwerpunktgebiete haben, in denen sie sich mittlerweile viele Kontakte erarbeitet haben. Der Ausfall eines Teams könne nicht komplett kompensiert werden und da das rechtsrheinische Team ausgefallen sei, bestehe nun auch dort die größte Lücke.

Herr Wendelmann teilt aus Sicht des Polizeipräsidiums mit, dass die Vakanz konkrete Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Polizei mit den Streetworkern habe. Zum Beispiel konnte seitdem ein sehr wichtiger Arbeitskreis nicht mehr stattfinden. Darüber hinaus sei Streetwork ein sehr wichtiger Kooperationspartner im Haus des Jugendrechts. Auch hier sei offensichtlich, dass vornehmlich das rechtsrheinische Gebiet nicht mehr bedient werde. Somit müssen auch aus Sicht der Polizei die vakanten Stellen so schnell wie möglich wiederbesetzt werden.

Frau Jahn macht deutlich, dass über die Verlängerung des Streetwork-Projektes ohne eine vorhergehende Evaluation nicht entschieden werden könne. Grundsätzlich jedoch sei die Zielsetzung beider Anträge dieselbe.

Nach einer kurzen fraktionsübergreifenden Diskussion bittet Frau Laufenberg, den folgenden **gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP** zur Abstimmung zu stellen:

„Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung für den Bereich der Streetworker in der nächsten Sitzung die Auswirkungen des aktuellen Stellenbesetzungsverfahrens darzustellen.

Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert, die im Stellenplan festgeschriebenen zwei vakanten Streetworkerstellen für Köln bis spätestens zum 01.07.2011 bzw. zum 01.09.2011 zu besetzen. Zudem soll geprüft werden, ob eine Wiederbesetzung vor Ablauf der Wiederbesetzungssperre (01.07.2011 bzw. 01.09.2011) möglich ist.

Die noch ausstehende Evaluation soll so eingebracht werden, dass eine Beratung möglich ist und die Stellen gegebenenfalls über 2013 hinaus fortgeschrieben werden können.“

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Aufgrund dessen stellt Herr Dr. Heinen den Antrag wie oben aufgeführt zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP:

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung für den Bereich der Streetworker in der nächsten Sitzung die Auswirkungen des aktuellen Stellenbesetzungsverfahrens darzustellen.

Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert, die im Stellenplan festgeschriebenen zwei vakanten Streetworkerstellen für Köln bis spätestens zum 01.07.2011 bzw. zum 01.09.2011 zu besetzen. Zudem soll geprüft werden, ob eine Wiederbesetzung vor Ablauf der Wiederbesetzungssperre (01.07.2011 bzw. 01.09.2011) möglich ist.

Die noch ausstehende Evaluation soll so eingebracht werden, dass eine Beratung möglich ist und die Stellen gegebenenfalls über 2013 hinaus fortgeschrieben werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Arbeiterwohlfahrt nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

4.2.2 **Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen (Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011) AN/0714/2011**

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei.

Die Begründung der Dringlichkeit ist vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt.

Frau Mucuk-Edis betont, dass die Dringlichkeit auch aufgrund der aktuellen Debatte und der am 22.03.2011 veröffentlichten Studie gegeben sei. Da die Landesregierung die Bundesregierung aufgefordert habe, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, habe die Kommunalpolitik lediglich die Möglichkeit, sich dem anzuschließen. Das Einzige, was auf kommunaler Ebene erfolgen könne, sei den Kita-Leitungen, den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Schulen eine Erleichterung in dem Sinne zu verschaffen, dass sie eine Liste erhalten über schadstofffreies Mobiliar und schadstofffreie Spielsachen. Die Folgen für Kinder, die z.B. mit Weichmachern in Berührung kommen, seien immens.

Frau Jahn führt aus, dass die Unbedenklichkeitsliste eine Vorsichtsmaßnahme darstelle und es nicht darum gehe, Eltern und Erzieher/innen zu verschrecken. Das Instrument der Positivliste gebe es z.B. bereits im Baubereich und es sei naheliegend, dass es nun auch eine Positivliste für Mobiliar und Spielsachen gebe, mit denen Kinder in direkten Kontakt kommen. Man müsse immer bedenken, dass ein Kind mit wenigen Kilo Körpergewicht eine vollkommen andere Konzentration im Körper habe als ein Erwachsener. Aufgrund dessen müsse auf diesem Gebiet eine Optimierung stattfinden. Frau Jahn kündigt an, dass im nächsten Schritt der Umgang mit Schadstoffen thematisiert werde, um eine Schadstoffreduktion zu erzielen.

Herr Dr. Schlieben schließt sich den Ausführungen von Frau Mucuk-Edis und Frau Jahn an, gibt jedoch zu bedenken, dass es sich bei dem Dringlichkeitsantrag lediglich um einen Appell handele. Aufgrund dessen macht er den Vorschlag, den letzten Satz des zweiten Absatzes wie folgt zu ändern: „Zur Vermeidung von Gesundheitsschäden **dürfen** nur emissionsarme bzw. weichmacherfreie Produkte und Baumaterialien Verwendung finden.“ Den ersten Satz des letzten Absatzes bittet er, wie folgt zu ändern: „Diese Positivliste **muss** für Kitas (städtische und freie Einrichtungen) und Grundschulen als Orientierung beim Einkauf dienen, Empfehlungen aussprechen und gleichzeitig die bisherige Handhabung optimieren.“ Insofern in der Sache ein Beschluss des Jugendhilfeausschusses nicht ausreiche, beantragt Herr Dr. Schlieben, den Antrag ebenfalls in den Vergabeausschuss und den Rat zu geben.

Herr Dr. Heinen beklagt, dass die Bundesverbraucherschutzministerin keine Dringlichkeit sehe, Kinder vor Schadstoffbelastungen zu schützen, und dass sie Weichmacher, die die EU längst nicht mehr zulasse, bis zum Jahr 2015 weiterlaufen lasse. Die Stadt könne sich zwar nicht gegen Bundesrecht lehnen, man könne jedoch mit einer Positivliste die Arbeit vor Ort erleichtern. Aufgrund dessen bittet Herr Dr. Heinen – gerade im Hinblick auf die Weichmacher – um Unterstützung des Antrages.

Herr Dr. Schlieben wiederholt, dass der Antrag in der eingebrachten Form lediglich einen Appell darstelle. Sofern man ihn verbindlicher gestalten wolle, müssen die vorgenannten Änderungen eingebracht werden.

Frau Jahn hält fest, dass es eine Empfehlung sein solle und aufgrund dessen die von Herrn Dr. Schlieben vorgeschlagenen Änderungen nicht eingebracht werden können. In diesem Bereich habe die Kommune keine Handlungsbefugnis und dürfe sich auch nicht in EU- bzw. Bundesrecht einmischen. Der Antrag beinhalte bereits ein Maximum an kommunaler Handlungsfähigkeit und würde bei verbindlicheren Aussagen schnell in andere Rechtsgebiete eingreifen.

Somit stellt der Ausschussvorsitzende den Beschluss in der ursprünglichen Form zur Abstimmung.

Beschluss:

Wir bitten die Verwaltung um Darstellung, nach welchen Kriterien die Beschaffung und der Einkauf z.B. von Spielzeug und Einrichtungsgegenständen für Kitas und Schulräume erfolgt und in wieweit in diesem Zusammenhang der Einsatz möglichst schadstofffreier Produkte berücksichtigt wird.

Darüber hinaus bitten die Antragstellenden die zuständige Fachverwaltung um Erläuterung, in welcher Form bereits bei Ausschreibungen von Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen ein Verzicht auf den Einsatz gesundheitsgefährdender Materialien festgeschrieben und nachgewiesen wird. Zur Vermeidung von Gesundheitsschäden sollten nur emissionsarme bzw. weichmacherfreie Produkte und Baumaterialien Verwendung finden.

Um die Beschaffungsauswahl von Mobiliar und Spielsachen für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch praktikabel zu gestalten, bitten wir die Verwaltung um Erstellung einer Positiv- bzw. Unbedenklichkeitsliste, aus der hervorgeht, welche Materialien oder Substanzen in Materialien für Kinder unbedenklich sind. Die soll Liste in regelmäßigen Abständen (jährlich) überarbeitet und auf ihre Aktualität hin geprüft werden.

Diese Positivliste soll für Kitas (städtische und freie Einrichtungen) und Grundschulen als Orientierung beim Einkauf dienen, Empfehlungen aussprechen und gleichzeitig die bisherige Handhabung optimieren. Sie soll auf der Homepage der Stadt Köln veröffentlicht werden, damit alle Interessierten Zugriff darauf haben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

Frühere Anfragen liegen nicht vor.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Zukünftige Finanzierung der Kölner Kompetenzagenturen (Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011) AN/0712/2011

Die Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2011 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 6 bei.

Herr Dr. Heinen berichtet im Namen der SPD-Fraktion, dass es hier um ein sehr erfolgreiches und wichtiges Programm gehe, welches mit einer hohen Summe dotiert gewesen sei. Das Programm laufe dieses Jahr aus. Die Weiterführung werde mit 50 Millionen Euro fortgesetzt, was der Hälfte der bisherigen Summe entspreche. Aufgrund der Proteste von Trägern, Verbänden und Kommunen habe es eine Anfrage bei dem entsprechenden Ministerium gegeben. Dieses habe als Antwort mitgeteilt, dass überhaupt keine Mittel gekürzt worden seien und die Sache einfach sei, denn 50 Millionen zahle das Ministerium und den Rest zahle die Kommune und somit sei das Geld vorhanden. Herr Dr. Heinen kritisiert diese zynische Antwort in hohem Maße, die Anlass war für die Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Laufenberg ersucht darum, in Zukunft die 3-Tages-Frist für Anfragen einzuhalten.

Frau Stahlhofen trägt die Bitte vor, die Anfrage mit der entsprechenden Beantwortung zur Kenntnis in den Ausschuss Soziales und Senioren zu geben.

Da die Beantwortung zu der Anfrage noch nicht vorliegt, wird diese in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.05.2011 verschoben.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder und Jugendarbeit im Jahr 2011 hier: Förderung der freien Jugendhilfe (Globalmittel) 0420/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, die im Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von

740.900 Euro wie folgt zu gewähren.

Spitzenverband	Zuschussbetrag
Arbeiterwohlfahrt	121.559,09
Caritasverband	346.532,01
Diakonisches Werk	127.740,92
Der Paritätische	125.607,50
Deutsches Rotes Kreuz	19.460,48
Summe	740.900,00

Für das Haushaltsjahr 2011 stehen Mittel im Teilergebnisplan 0604, Kinder und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband und der Paritätische nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Die FDP-Fraktion sowie die Vertreterin von SJD Die Falken waren weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Kitamare gemeinnützige UG 0530/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die Kitamare gemeinnützige Unternehmensgesellschaft (UG), Geschäftsanschrift: Hohenzollernring 37, 50672 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die FDP-Fraktion war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Luftikus e.V." 0525/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Luftikus e.V.“, Cranachstr. 44, 50733 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die FDP-Fraktion war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Movie Crew Cologne - Verein für Jugendmedienbildung und Integration e.V." 0592/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Movie Crew Cologne – Verein für Jugendmedienbildung und Integration e.V.“, Helmholtzplatz 11, 50825 Köln, gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Förderung der Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend Köln" 0156/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die Mitgliedsverbände im „Ring politischer Jugend Köln“ für ihre politische Jugendarbeit zu fördern.

Die Verteilung der Fördermittel für die politische Jugendarbeit soll auf Grundlage der Antragstellung sowie der im Jahre 2011 zur Verfügung stehenden Fördermittel wie folgt vorgenommen werden.

1. Jungsozialisten	6.845,54 Euro
2. Junge Union	8.750,46 Euro
3. Jungliberale	2.142,01 Euro
4. Junge Linke	760,43 Euro
5. Grüne Jugend	1.301,56 Euro

Summe **19.800,00 Euro**

Für 2011 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), entsprechende Mittel in Höhe von 19.800 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Herr Kienitz und Frau Laufenberg nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

6.6 Verteilung von Haushaltsmittel aus dem Teilergebnisplan 0604, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Kinder und Jugendarbeit. hier: Betriebskostenfinanzierung von flankierenden Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit 2011 0157/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die im Teilergebnisplan 0604, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Kinder- und Jugendarbeit, zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung der Personal- und Sachkosten für die Kurs- und Projektangebote zur Berufsfindung wie folgt zu gewähren:

Träger:	Einrichtung:	Betrag:
Drogenhilfe Köln e.V.	JWE Krefelder Str.	147.263,16 Euro
Jugendfreizeitwerk Köln e.V.	JWE Chorweiler	164.446,81 Euro
Haus der offenen Tür Porz e.V.	JWE Brüsseler Str.	87.266,12 Euro
Internationaler Bund Soziale Dienste Beratungsstelle		370.370,23 Euro
Internationaler Bund Soziale Dienste	JWE Rothenburger Str.	202.826,84 Euro
JWK gGmbH Jugendwerk Köln	JWE Klettenberg	107.270,13 Euro
Jugendhilfe Köln e.V.	JWE Kalk, Mülheim, Ehrenfeld	753.347,55 Euro
Netzwerk e.V. Soziale Dienste	JWE Nippes	184.183,78 Euro
Handwerkerinnenhaus Köln e.V	JWE Kempener Str.	44.700,00 Euro

Gesamtsumme

2.061.674,62 Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.7 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V." 0811/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.“, Johannes-Müller-Str. 26, 50735 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungsangeboten für Tagespflegepersonen nach § 23 SGB VIII (Kindertagespflege) 0923/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von **112.351,00 Euro** aus dem Teilergebnisplan 0603 –Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Haushaltsjahr 2011. Die Mittel werden an folgende Träger vergeben:

PEV – Familienbildung	25.898,00 Euro
Malteser Hilfsdienst e.V.	10.816,00 Euro
FamilienForum Deutz Mülheim	31.368,00 Euro
Evangelische Familienbildungsstätte	28.610,00 Euro
Freies Bildungswerk Rheinland	15.659,00 Euro
Gesamt:	112.351,00Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Beschaffung eines Ersatzfahrzeuges für die Rollenden Spielplätze "Juppi" 0423/2011

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden 0674/2011

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

zu 8.1 Straßenprostitution im Kölner Süden 1223/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.1 Straßenstrich in Meschenich 1224/2011

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

9 Anfragen

- 9.1 Herr Schäfer-Remmele erkundigt sich nach dem Verbleib der Beantwortung seiner Anfrage zur „Kulturellen Bildung“ aus der Jugendhilfeausschusssitzung am 22.02.2011 und macht darauf aufmerksam, dass es sich um ein dringliches Thema handele.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 17.05.2011 zu.

- 9.2 Herr Schäfer-Remmele bittet um Auskunft, inwieweit die Verwaltung bzw. die Politik Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche mit KölnPass bzw. für minderjährige Hartz IV-Empfänger für Theatervorstellungen forcieren könne. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, wie die Verwaltung mit der Differenz zum ohnehin schon ermäßigten Eintrittspreis für Kinder und Jugendliche umgehen wolle, die die Theater nicht selbständig kompensieren können.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

- 9.3 Herr Kienitz bemängelt, dass seine Anfrage aus der Jugendhilfeausschusssitzung vom 25.01.2011 zum Haus des Jugendrechts bisher nicht beantwortet worden sei und bittet mit Nachdruck um Erledigung.

Die Verwaltung sagt die nochmalige Weiterleitung der Fragen an Dezernat I zu.

- 9.4 Frau Stahlhofen teilt mit, dass an vielen Grundschulen, z.B. an der Grundschule in der Platenstraße in Ehrenfeld, Spielgeräte entfernt worden seien. Im Hinblick auf die Sicherheit der Kinder sei es zwar richtig, Spielgeräte, die marode geworden sind, zu entfernen, es gehöre jedoch zur Pädagogik, dass Kinder ihren Bewegungsdrang nach freizeitpädagogischen Kriterien erleben. Grundsätzlich sei das Spielplatzangebot an vielen innerstädtischen Grundschulen sehr dürftig.

Aufgrund dessen bittet Frau Stahlhofen um Beantwortung der folgenden Fragen:

- An wie vielen Grundschulen wurden Spielgeräte entfernt und nicht erneuert?
- Ist es geplant, diese Schulhöfe wieder mit Spielgeräten zu versorgen?

- Ist dabei der Bewegungsdrang bei der Übermittagsbetreuung (OGTS), im Rahmen der Freizeitpädagogik, berücksichtigt?

Diese Fragen werden von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

- 9.5 Darüber hinaus bittet Frau Stahlhofen um Auskunft, wie die Verwaltung mit der geplanten Räumung des Autonomen Zentrums Kalk umgehe und wie dieses unterstützt werden könne.

Auch diese Frage werde die Verwaltung schriftlich beantworten.

- 9.6 Frau van Dawen bittet, das Autonome Zentrum Kalk als Partizipationsprojekt von Jugendlichen zu betrachten und bittet um Mitteilung, inwieweit die Stadt in diesem Sinne bereits vermittelnd gewirkt habe.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

- 9.7 Herr Dr. Heinen nimmt Bezug auf die Anfrage von Frau Laufenberg aus der Jugendhilfeausschusssitzung vom 25.01.2011, ob das Polizeiprojekt „Crash“ im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden könne.

Er teilt mit, dass die Verwaltung diesbezüglich Kontakt mit der Polizei aufgenommen habe. Von dort habe man mitgeteilt, dass die Präsentation des Projektes insgesamt 60 Minuten dauere und nun geklärt werden müsse, ob dies vom Ausschuss gewünscht werde.

Herr Dr. Schlieben spricht sich gegen die Vorstellung im Jugendhilfeausschuss aus, sofern diese 60 Minuten dauere.

Frau Laufenberg erachtet 60 Minuten ebenfalls als zu lange und bittet um Klärung, ob die Polizei interessierten Jugendhilfeausschussmitgliedern eine CD mit den Präsentationsdaten zur Verfügung stellen könne.

Frau Mucuk-Edis ist ebenfalls sehr interessiert an dem Projekt und bittet um Klärung, ob interessierte Jugendhilfeausschussmitglieder evtl. in einem anderen Rahmen an der Präsentation teilnehmen können.

Die Verwaltung sagt die Klärung der Fragen zu.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
ausgef.: Anna Jarczyk (Schriftführerin)